



## Reich(t) schon!

**Vermögensverteilung.** In Deutschland sind die Vermögen ungleicher verteilt als die Einkommen. Dennoch braucht es keineswegs den Dreiklang aus Villa, Luxusjacht und Sportwagen, um zu den vermögendsten 10 Prozent der Bevölkerung zu zählen; in den jüngeren Altersgruppen reichen dafür schon weniger als 100.000 Euro Haushaltsvermögen. Die meisten Bundesbürger schätzen die entsprechenden Vermögensgrenzen allerdings völlig falsch ein und verorten sich im Reichtumsgefüge viel zu weit unten. Vielleicht liegt dies auch an der Berichterstattung in den Medien, vermutet IW-Ökonom Maximilian Stockhausen im Kommentar für den iwd. —> [Seiten 2-5](#)

### Öffentliche Haushalte

Die Ausgaben für die Pensionen von Bundes- und Landesbeamten steigen bald dramatisch. Die öffentlichen Kassen sind darauf nicht vorbereitet.

—> [Seite 7](#)

### Klimaschutz

Nach der EU haben sich auch Länder wie China die CO<sub>2</sub>-Neutralität zum Ziel gesetzt. Dies könnte eine Signalwirkung für bislang zögerliche Staaten haben.

—> [Seiten 8-9](#)

# Mit dem Alter wächst das Vermögen

**Vermögensverteilung.** Während die verfügbaren Einkommen in Deutschland verhältnismäßig gleich verteilt sind, sieht das bei Vermögenswerten wie Immobilien und Finanzanlagen anders aus – hier sind die Unterschiede beachtlich. Einen großen Einfluss auf die Vermögensposition eines Haushalts im Gesamtgefüge hat einerseits das Alter des Hauptverdieners und andererseits, ob jemand mit Partner oder allein lebt.

Den meisten Menschen fällt es schwer, sich richtig in die Vermögensverteilung einzuordnen: Nicht einmal 3 Prozent der Haushalte in Deutschland glauben, dass sie zu den 20 Prozent mit den höchsten Vermögen gehören. Und am anderen Ende der Verteilung denken deutlich zu viele, dass sie zu jenen mit mittlerem oder niedrigem Vermögen zählen.

Während die persönliche Vermögenssituation also oft falsch eingeschätzt wird, irrt die Öffentlichkeit nicht, wenn sie hierzulande hohe Vermögensunterschiede innerhalb der Gesellschaft vermutet. Tatsächlich sind diese deutlich ausgeprägter als bei der Verteilung der Nettoeinkommen, wie eine neue IW-Studie zeigt.

Das belegt der Gini-Koeffizient, ein unter Ökonomen oft verwendetes Maß für die Messung der Ungleichheit: Hat der Koeffizient den

Wert null, besitzen alle das gleiche Nettovermögen. Je mehr sich der Wert der Eins nähert, desto größer ist die Ungleichheit.

Da es innerhalb der Haushalte oft finanzielle Unterschiede gibt – ein Partner arbeitet Vollzeit, der andere Teilzeit oder einer besitzt hohe Vermögenswerte, der andere fast keine –, betrachtet die Wissenschaft bei Verteilungsfragen in aller Regel die Haushalts- statt die individuelle Ebene.

Zudem werden Einkommen bedarfsgewichtet. Diese Methode berücksichtigt, dass ein gemeinsamer Haushalt Kostenvorteile gegenüber einem Singlehaushalt hat und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene.

Der Gini-Koeffizient für die bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen betrug in Deutschland in den vergangenen Jahren weniger als 0,3; bei den Haushaltsvermögen

aber regelmäßig mehr als 0,7 – selbst bei einer eher unüblichen Bedarfsgewichtung der Vermögen.

Noch deutlicher wird der Befund beim Blick auf konkrete Beträge:

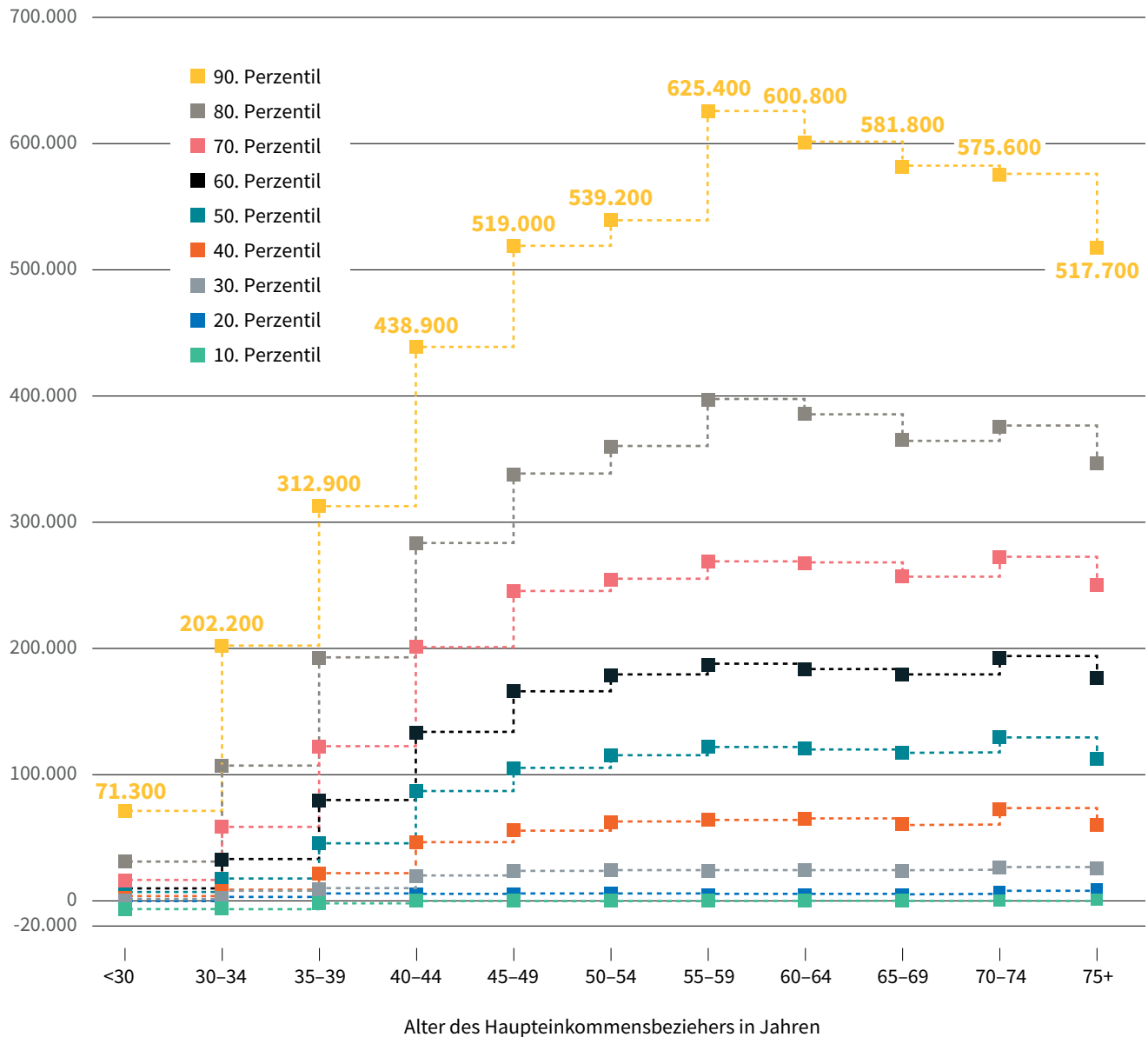
**Um in Deutschland zu den vermögendsten 10 Prozent zu gehören, müssen Haushalte in der Systematik der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 477.200 Euro besitzen. Die Grenze zu den vermögensärmsten 10 Prozent der Haushalte liegt bei 0 Euro – unterhalb dieser Grenze überwiegen bei vielen Haushalten Schulden etwaige Vermögenswerte.**

Betriebsvermögen werden in der EVS nicht erfasst.

Noch deutlicher werden die Vermögensunterschiede, wenn man die 90-Prozent-Grenze ins Verhältnis zum Median, also dem Wert genau in der Mitte der Verteilung, setzt:

### Verteilung der Haushaltsnettovermögen nach Altersgruppen

Vermögensperzentile der jeweiligen Altersgruppe des Haupteinkommensbeziehers im Jahr 2018 in Euro  
Lesebeispiel: Mit einem Vermögen oberhalb des Wertes des 90-Prozent-Perzentils zählt man zu den oberen 10 Prozent



Vermögen: z. B. Immobilienbesitz und Spareinlagen abzüglich Schulden und Kreditverpflichtungen; kein Betriebsvermögen; gerundet auf 100 Euro

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd



Bei der Einkommensverteilung befindet sich die Grenze zu den oberen 10 Prozent in etwa beim doppelten Medianeinkommen. In der Vermögensverteilung liegt diese Grenze dagegen beim Siebenfachen des Medianvermögens. Differenzier-

ter wird das Bild, wenn der Wohlstand einzelner Altersgruppen analysiert wird. Dann zeigt sich, dass Haushalte mit einem älteren Haupteinkommensbezieher deutlich schneller in höhere Vermögensbereiche gelangen (Grafik):

**In der Gruppe der Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher jünger als 30 ist, reicht ein Vermögen von gut 71.000 Euro aus, um zu den reichsten 10 Prozent der**

Fortsetzung

**Altersgruppe zu gehören. In der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen muss ein Haushalt dafür mindestens 625.000 Euro besitzen.**

Darüber hinaus sind die Vermögensunterschiede in den jüngeren Altersgruppen besonders groß – hier braucht es das 14-Fache des Medianvermögens, um zu den obersten 10 Prozent aufzuschließen.

Mit steigendem Alter nimmt die relative Ungleichheit der Vermögen in den Alterskohorten dann ab: Der Sprung vom Median ins obere Zehntel gelingt bei den 55- bis 59-Jährigen mit dem fünffachen Vermögen.

Trotzdem sind auch bei den älteren Jahrgängen längst nicht alle vermögend. So gelten rund 3 Prozent der Haushalte mit einem mindestens 65-jährigen Haupteinkommensbezieher als überschuldet, das sind immerhin rund 340.000 Haushalte in Deutschland.

Jüngere Haushalte sind in der Gruppe des vermögensreichsten Zehntels deutlich unterrepräsentiert. Mehr noch:

**Über 20 Prozent der Haushalte, bei denen der Haupteinkommensbezieher jünger als 30 Jahre ist, weisen ein negatives Nettovermögen auf – sie haben also mehr Schulden als Vermögen, verursacht beispielsweise durch Konsumenten- und Ausbildungskredite.**

Haushalte mit einem Hauptverdiener, der älter als 30 Jahre ist, haben dann häufig Hypothekenkredite abzuzahlen.

Dieser Befund erklärt allerdings auch, weshalb vor allem Paare im weiteren Lebensverlauf oft beachtliche Vermögen anhäufen – die Schulden werden zunehmend getilgt und die einst per Kredit finanzierte Immobilie mehrt den Wohlstand.

Die Grenze, ab der ein Haushalt zu den vermögensreichsten 10 Prozent gehört, verschiebt sich tatsäch-

**Nur ein kleiner Teil derer, die statistisch zu den vermögensreichsten 10 Prozent zählen, wird sich wirklich reich fühlen**

lich deutlich, wenn man zwischen Singles und Paaren unterscheidet:

**Ein Alleinstehender schafft es mit knapp 306.000 Euro ins höchste Vermögenszehntel aller Singles.**

Paare müssen indes mehr als 601.000 Euro in der Hinterhand haben, um in ihrer Vergleichsgruppe zum vermögensreichsten Dezil zu zählen. Während diese beiden Werte allerdings noch einer gewissen Logik folgen – als Paar braucht man fast das doppelte Vermögen, um es auf der Verteilungsskala nach oben zu schaffen –, zeigt ein anderer Vergleich, wie unterschiedlich die Situation je nach Beziehungsstatus wirklich ist:

**Das Medianvermögen der Gruppe der Singles und Alleinerziehenden liegt bei 20.000 Euro; zusammenlebende Paare – mit oder ohne Kinder – kommen im Median der Vermögensverteilung schon auf 151.400 Euro.**

Mit Blick auf all diese Zahlen dürfte es viele überraschen, zu

welcher Vermögensgruppe sie selbst gehören. Denn sicherlich nur ein kleiner Teil derer, die statistisch zu den vermögensreichsten 10 Prozent zählen, wird sich wirklich reich fühlen – beispielsweise mit Blick auf die Tatsache, dass ein großes, schuldenfreies Haus in begehrter Lage schon genügt, um in diese Gruppe aufzusteigen.

Da die geläufigen statistischen Stichproben die Spitzeneinkommen und -vermögen allerdings eher untererfassen, hat das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahr 2019 seine Stichprobe gezielt um mehr Hochvermögende erweitert. Dafür berücksichtigt es zusätzlich nennenswerte Firmenbeteiligungen – die bisher unzureichend erfasst waren und in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht erhoben werden.

Vor allem beim obersten Prozent der Vermögenden führt das zu deutlichen Verschiebungen der Grenzwerte – hier allerdings auf individueller und nicht mehr auf Haushaltsebene:

**Werden die Spitzenvermögen sowie Unternehmensbeteiligungen berücksichtigt, steigt die Grenze des obersten Prozents der Vermögenden im SOEP von 1,05 auf 1,33 Millionen Euro.**

Die Grenze für die Zugehörigkeit zum obersten Promille erhöht sich sogar um annähernd 1,5 Millionen Euro – von rund 4 auf 5,5 Millionen Euro.

Das sind wohl eher jene Beträge, die von vielen mit Reichtum gleichgesetzt werden. Zur entsprechenden Personengruppe zählen dann allerdings nur noch wenige.

**IW-Kurzbericht 105/2020**

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen:  
Vermögensgrenzen – große gruppen-spezifische Unterschiede  
[iwkoeln.de/vermoegensgrenzen](http://iwkoeln.de/vermoegensgrenzen)

# „Beim Vermögen gehen Wahrnehmung und Wirklichkeit auseinander“

**Kommentar.** In den vergangenen zehn Jahren ist der Vermögensanteil der reichen Menschen in Deutschland eher gesunken als gestiegen. Doch den meisten Bundesbürgern ist das nicht klar. Wie IW-Wissenschaftler **Maximilian Stockhausen** vermutet, könnte eine mögliche Ursache dafür die Medienberichterstattung sein.



Foto: IW Medien

Die Mehrheit der Deutschen ist der Ansicht, dass die Vermögensungleichheit in den vergangenen fünf Jahren gestiegen sei. Gleichzeitig nehmen Ältere einen größeren Anstieg wahr als Jüngere. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Befragung, die in diesem Jahr im Rahmen des zweiten Symposiums zum Sechsten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung präsentiert wurde.

Doch die Vorstellung einer aktuell steigenden Vermögensungleichheit hält einer empirischen Überprüfung nicht stand. Wenngleich die Daten zur Verteilung der privaten Vermögen trotz jüngster Verbesserungsversuche – beispielsweise in Form von Hinzuschätzungen am oberen Rand – noch immer mit Problemen behaftet und nicht alle Vermögensbestandteile gleichermaßen gut erfasst sind, so zeigt sich seit Ende der 2000er Jahre keine nennenswerte Veränderung der Nettovermögensungleichheit in Deutschland. Als Nettovermögen bezeichnet man dabei die Summe aller Vermögenswerte abzüglich der Schulden. An dieser Stelle gehen also

Wirklichkeit und Wahrnehmung auseinander.

Ein Anstieg der Nettovermögensungleichheit ergibt sich erst im Vergleich zu den 1990er Jahren – einer Zeit, die durch große gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbrüche geprägt war und daher nur mit Vorsicht als Vergleichszeitraum verwendet werden sollte.

Geht man in der Geschichte noch weiter zurück und betrachtet als Verteilungsindikator den Anteil, den das obere 1 Prozent der Haushalte am Gesamtvermögen hielt, so stellt man bei allen Schwierigkeiten der zeitlichen Vergleichbarkeit der Vermögensdaten fest, dass dieser Anteil zwischen 1895 und 2017 von rund 45 Prozent auf nur noch etwas mehr als 25 Prozent gesunken ist. Und auch hier zeigt sich bei allen Schwankungen in den Jahren dazwischen, dass sich der Vermögensanteil des obersten Prozents seit Ende der 2000er Jahre ebenfalls nahezu nicht verändert hat und eher gesunken als gestiegen ist.

Ungeachtet dessen fällt es den Menschen in Ost- und Westdeutsch-

land gleichermaßen schwer, die Entwicklung der Vermögensungleichheit korrekt wahrzunehmen. Dazu passt, dass auch der Anteil der Reichen regelmäßig stark überschätzt wird. Nur sehr wenige Menschen haben somit korrekte Vorstellungen von der Verteilung der Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik. Welche Ursachen das hat, ist bislang nicht abschließend erforscht. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, dass in den Medien vornehmlich über die Ränder der Einkommens- und Vermögensverteilung berichtet wird: (Extreme) Armut und großer Reichtum erhalten oftmals mehr Aufmerksamkeit als die allgemeine Wohlfahrtsentwicklung.

Wer wüsste zudem schon, wenn er ohne Vorbereitung gefragt würde, ab welchem Nettovermögen er zu den wohlhabendsten 10 Prozent der Haushalte in Deutschland gehört? Wohl die allerwenigsten. Dabei dürfte manch einer überrascht sein, dass es nicht mehrere Millionen Euro braucht, um bereits zu den oberen 10 Prozent zu zählen.

# Größer wohnen

**Immobilien.** *Trotz Konjunkturinbrüchen und teils horrender Immobilienpreise steigt die Wohnfläche, auf der die Menschen in Deutschland leben, seit Jahrzehnten fortlaufend an. Und auch in Zukunft wird die Pro-Kopf-Wohnfläche weiter wachsen.*

Der Begriff ist ein wenig irreführend: Wohnflächenkonsum. Gemeint ist damit die Fläche, die auf den Wohnungsmärkten durch Angebot und Nachfrage in Anspruch genommen wird. Diese Wohnfläche wird zwar nicht im eigentlichen Sinne verbraucht wie eine aufgegessene Banane oder eine absolvierte Urlaubsreise, aber Wohnungen und Häuser, die verkauft oder vermietet sind, stehen nun mal niemand anderem mehr zur Verfügung.

Obwohl die Immobilienpreise und Mieten in vielen Regionen Deutschlands seit Langem steigen und die Konjunktur auch nicht immer rundlief, nimmt die

Pro-Kopf-Wohnfläche seit Jahrzehnten zu (Grafik):

**Aktuell lebt jeder Einwohner im Schnitt auf knapp 49 Quadratmetern Wohnfläche – das sind drei Quadratmeter mehr als im Jahr 2010 und sieben mehr als 2000.**

Dass der Wohnflächenkonsum beständig und in allen Altersbereichen gestiegen ist, hat vor allem zwei Ursachen: steigende Einkommen und der Trend zur Singularisierung; 1991 lebte in Deutschland in 34 Prozent aller Haushalte nur eine Person, 2018 betrug der Anteil der Singlehaushalte bereits 42 Prozent.

Darüber hinaus gilt: Je älter jemand ist, desto größer ist in der

Regel die Wohnung oder das Haus, das die Person bewohnt. Das liegt daran, dass mit fortschreitendem Alter meist auch das Einkommen steigt. Außerdem neigen Menschen dazu, auch dann in ihrem Zuhause wohnen zu bleiben, wenn ein oder mehrere Familienmitglieder ausziehen oder sterben. Dieser sogenannte Remanenzeffekt führt dazu, dass in der Bundesrepublik über 65-Jährige den größten Wohnflächenkonsum pro Kopf verzeichnen.

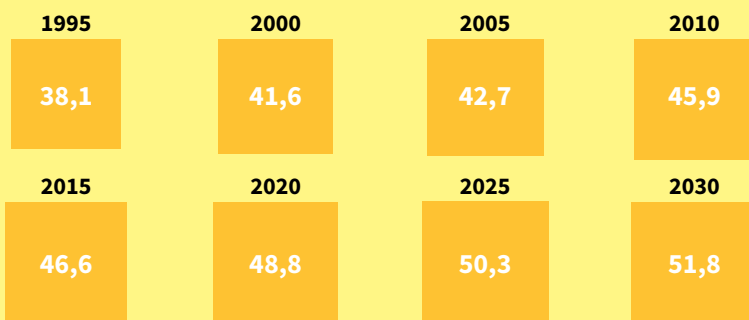
Anders als im bundesweiten Durchschnitt sind die Wohnflächen in den Großstädten aufgrund des vergleichsweise geringen Angebots an Wohnraum, das auf eine große Nachfrage trifft, seit dem Jahr 2012 gesunken. So betrug die Pro-Kopf-Wohnfläche in Großstädten im Jahr 2010 noch knapp 45 Quadratmeter, 2017 waren es dann schon weniger als 43. Dennoch:

**Schreibt man die gesamtdeutsche Entwicklung fort, dann werden die Bundesbürger im Jahr 2030 im Durchschnitt auf jeweils 52 Quadratmetern residieren.**

Ein Treiber dieser Entwicklung ist die Alterung der Gesellschaft. Und auch die Großstadtbewohner dürften ihre in den vergangenen Jahren nicht realisierten Wünsche nach mehr Wohnraum umsetzen, wenn sich die Wohnungsmärkte entspannen.

## Wohnen: Darf's ein bisschen mehr sein?

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Deutschland in Quadratmetern



2020, 2025, 2030: Prognose  
 Quelle: Deschermeier/Henger (2020)  
 © 2020 IW Medien / iwd

# Pensionen setzen Bund und Ländern zu

**Öffentliche Haushalte.** Die Ausgaben für die Pensionen von Bundes- und Landesbeamten steigen demnächst in nie gekannte Höhen. Die öffentlichen Kassen sind darauf nicht vorbereitet.

Seit Jahren wissen die Politiker in Deutschland, was da auf sie zukommt: Die geburtenstarken Jahrgänge, also alle zwischen 1955 und 1969 Geborenen, gehen jetzt nach und nach in den Ruhestand – und weil darunter auch viele Bundes- und Landesbeamte wie Lehrer und Polizisten sind, rollt auf die öffentlichen Haushalte eine wahrlich riesige Welle an Pensionsausgaben zu:

**Der Barwert der Pensionsverpflichtungen des Bundes – der auf heute abgezinste Wert der künftigen**

**Zahlungen – belief sich Ende 2019 auf rund 809 Milliarden Euro.**

Das entspricht einem Zuwachs von 88 Prozent innerhalb von zehn Jahren und summiert sich pro Einwohner auf rund 10.000 Euro.

Doch damit nicht genug: Für die Bundesländer türmt sich der Wert der Pensionszusagen, zu denen auch die Beihilfen zur Krankenversicherung der Ruheständler zählen, zusätzlich auf insgesamt 1,2 Billionen Euro. Der Blick auf die einzelnen Länder zeigt allerdings ein heterogenes Bild (Grafik):

**Spitzenreiter sind die Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit jeweils rund 20.000 Euro je Einwohner.**

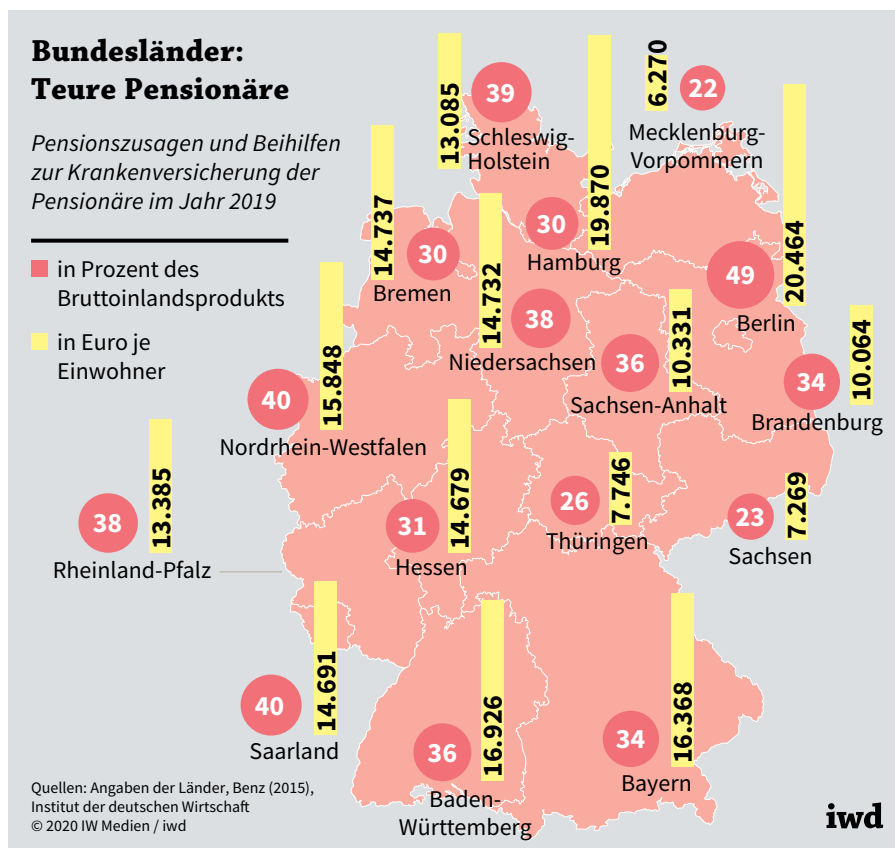
Dagegen kommen die ostdeutschen Bundesländer mit maximal rund 10.000 Euro je Einwohner aus,

weil bei ihnen die Pensionslasten erst seit der Wiedervereinigung zu Buche schlagen.

Setzt man die Pensionsverpflichtungen in Relation zur Wirtschaftskraft der einzelnen Länder, ist wiederum die Hauptstadt am stärksten gebeutelt: Berlin muss fast 50 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für seine ehemaligen Landesbediensteten aufbringen – mehr als doppelt so viel wie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die am Ende dieser Rangliste stehen.

Obwohl diese Dimensionen seit Jahr und Tag bekannt sind, sind die öffentlichen Haushalte kaum darauf eingestellt. Zwar haben viele Länder und auch der Bund Rücklagen gebildet und Fonds aufgelegt, die das Ausgabenplus abfedern sollen. Allerdings belaufen sich die Deckungsquoten der Rücklagen beziehungsweise der Finanzierungsgrad der Fonds nur auf einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten. In einigen Fällen sind die Zuführungen zu den Rücklagen sogar gekürzt oder die Fonds vollständig aufgelöst worden.

Diese Versäumnisse werden den Haushältern nun auf die Füße fallen. Schon heute gibt es einen immensen staatlichen Investitionsstau bei Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur, hinzu kommen hohe Kosten für die Bewältigung der Corona-Pandemie. Wie vor allem die Länder angesichts dieser Belastungen ihren Pensionsverpflichtungen nachkommen sollen, steht in den Sternen.



**IW-Kurzbericht 104/2020**  
Martin Beznoska, Tobias Hentze: Pensionszusagen setzen öffentlichen Haushalten zu  
[iwkoeln.de/pensionszusagen](http://iwkoeln.de/pensionszusagen)

# Neuer Schwung

**Klimaschutz.** Die Europäische Union arbeitet mit ihrem Green Deal daran, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Nun ziehen auch weitere große Industrieländer wie China und Japan nach und verkünden konkrete Zielmarken für CO<sub>2</sub>-Neutralität. Vor allem für zögerliche Staaten könnte das eine große Signalwirkung haben.

Nationale Alleingänge im Klimaschutz sind wirkungslos – diese Erkenntnis ist mittlerweile bei einem Großteil der Weltgemeinschaft angekommen. Und spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 ist klar, dass sich grundsätzlich alle Staaten am Klimaschutz beteiligen müssen, um die Erderwärmung zu verlangsamen.

Einige Staaten haben gehandelt und sich konkrete Ziele für eine vollständige CO<sub>2</sub>- beziehungsweise Klimaneutralität gesetzt. Unter den ersten Ländern war das Vereinigte Königreich: Die Briten haben sich gesetzlich verpflichtet, bis 2050 nicht mehr Treibhausgase auszustoßen, als etwa Wälder und Meere aufnehmen können. Auch die EU hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt:

**Bis 2050 sollen alle EU-Mitgliedsstaaten zusammen klimaneutral wirtschaften.**

Frankreich hat dieses Ziel schon gesetzlich verankert, in weiteren Staaten – wie Deutschland – ist dies geplant. Wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen in Europa ist, zeigt ein Blick auf die Daten: Die EU-Staaten sind zusammen mit Großbritannien für knapp ein Zehntel der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

Doch längst nicht alle Staaten fühlen sich an das in Paris beschlossene Ziel, die globale Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken, gebunden. Als US-Präsident Donald Trump 2017 den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Klimaabkommen von Paris einleitete, war die Ernüchterung in der internationalen Gemeinschaft groß. Denn die USA sind nicht nur der zweitgrößte CO<sub>2</sub>-Verursacher der Welt, sie gelten als Schwergewicht der Weltpolitik auch in vielen Dingen immer noch als Vorreiter.

An dieser Stelle kommt ein grundsätzliches Problem des Pariser Klimaabkommens ins Spiel:

**Wie ambitioniert ein Land Klimaschutz betreibt, ist den Ländern selbst überlassen.**

Der Erfolg der Pariser Klimaziele hängt also größtenteils davon ab, dass selbst ernannte Vorreiter anderen Staaten zeigen, dass Einsparungen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß mitsamt Wohlstandswachstum möglich und langfristig erstrebenswert sind. So sollen sich die Unterzeichner-

## Klimaschutz im Programm

Das Ziel der Treibhausgasneutralität ...

- ... steht zur Diskussion
- ... ist nicht geplant
- ... ist in diesen Ländern gesetzlich festgeschrieben oder eingeplant und soll bis 2050 erreicht werden:

Europäische Union	Neusseland
Vereinigtes Königreich	Costa Rica
China	Chile
Japan	Island
Südkorea	Fiji
Norwegen	Marshall Islands
Schweiz	Bhutan
Südafrika	Suriname

China: plant Umsetzung bis 2060  
USA und Australien: Klimaschutzziele nur in einzelnen Bundesstaaten

Quellen: Energy and Climate Intelligence Unit, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd



staaten nach und nach gegenseitig zur Anhebung ihrer freiwilligen Beiträge bewegen.

Eine verheißungsvolle Nachricht kommt daher aus China – dem Land, das aufgrund seines rasanten Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren inzwischen für ein Viertel der jährlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist.

**So verkündete die Volksrepublik im September, bis 2060 CO<sub>2</sub>-Neutralität anzustreben.**

Und Chinas Wort hat Gewicht: Auch Japan, fünftgrößter CO<sub>2</sub>-Verursacher, und Südkorea, achtgrößter Emittent, sind dem Beispiel ihres großen Nachbarn gefolgt. Japans neuer Präsident Yoshihide Suga verkündete Mitte Oktober, dass sein Land bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral sein will. Nur wenige Tage später zog Südkorea nach – ebenfalls mit dem Ziel, den Nettoausstoß an Kohlendioxid bis 2050 auf null zu bringen.

**Mit den Plänen des Vereinigten Königreichs, der EU-Staaten sowie von China, Japan und Südkorea unterliegt nun knapp die Hälfte der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen konkreten Nettonull-Zielmarken.**

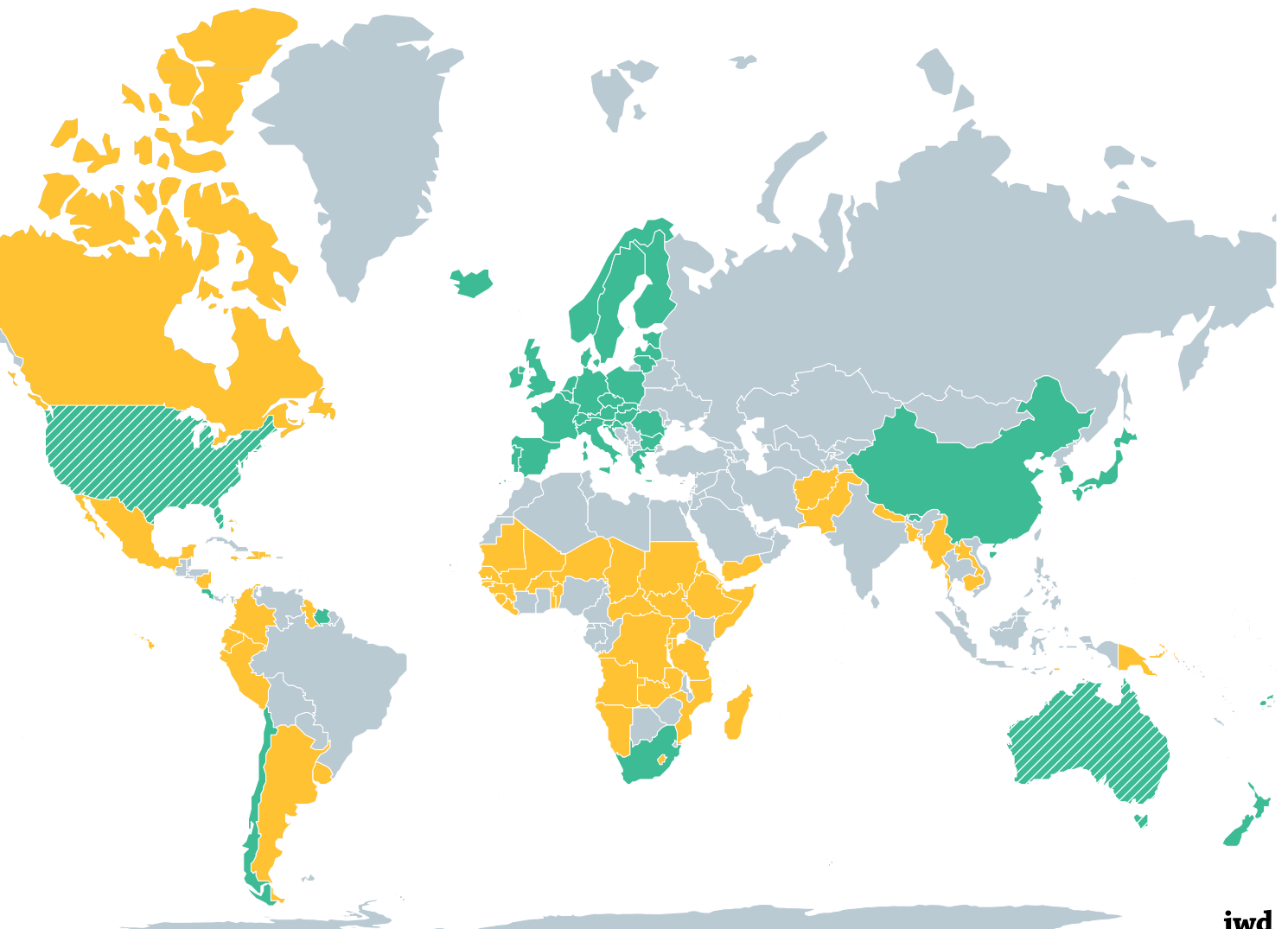
Diese Entwicklung ist ein wichtiger Schritt für das Vorankommen des internationalen Klimaschutzes, da sie diplomatischen Druck erzeugt (Grafik):

**In vielen Ländern, wo es noch keine Verpflichtungen für null Emissionen gibt, wird dies gegenwärtig zumindest diskutiert.**

Insgesamt werden damit international deutliche Pfade in Richtung emissionsarmes Wirtschaften gesetzt.

Allerdings ist offen, inwieweit die Ziele tatsächlich erreicht werden. Und auch wenn es ein gutes Zeichen ist, dass viele kleinere Länder über ihre Klimapolitik nachdenken, kommt es vor allem auf die großen Industrienationen an: Die G-20-Staaten sind für fast 80 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.

Ein wichtiger Baustein für die internationalen Bemühungen beim Klimaschutz wird die künftige Haltung der USA sein. Sollten sie wieder dem Klimaabkommen beitreten, würden die drei global wichtigsten Wirtschaftsräume – EU, USA und China – endlich an einem Strang ziehen. Dies könnte eine um ein Vielfaches effizientere Klimapolitik bedeuten.



# Spiegel des Wandels

**Aktienmärkte.** Wie unterschiedlich sich die Wirtschaftsstrukturen in den USA und Deutschland entwickelt haben, erkennt man auch an den jeweiligen Aktienmärkten. Während sich der Anteil der Industriefirmen im Dax in den vergangenen Jahren nur leicht verändert hat, spiegelt sich im Dow Jones die Deindustrialisierung der amerikanischen Wirtschaft deutlich wider.

Seit ungefähr zwei Jahren befindet sich die deutsche Industrie in einer Rezession. Die Liste der Ursachen ist lang: internationale Handelskonflikte, Protektionismus, ein tiefgreifender Strukturwandel – und dann auch noch Corona. Kein Ereignis der vergangenen 70 Jahre hat die hiesige Wirtschaft so stark gebeutelt wie die Pandemie. So ging der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr 2020 auf rund 20 Prozent zurück. In den Vorjahren lag der Anteil bei rund 23 Prozent.

Dennoch kann Deutschland immer noch auf eine breit aufgestellte Industrie setzen. In anderen Ländern wie den USA sieht das ganz anders aus. Schon seit fünf Dekaden ist dort eine voranschreitende Deindustrialisierung zu beobachten: Der Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes summierte sich im vergangenen Jahr nur noch auf knapp 12 Prozent des BIP.

Die unterschiedliche Entwicklung, die die deutsche und die amerikanische Wirtschaft durchlaufen haben, spiegelt sich auch in den bekannten Aktienindizes der beiden Länder wider (Grafik):

**Im Dow Jones Industrial Average ging die Zahl der gelisteten Industriefirmen zwischen 1987 und 2020 von 25 auf 19 zurück – im Deutschen Aktienindex (Dax) nahm ihre Zahl von 21 auf 22 leicht zu.**

So zählten im Jahr 1987 noch 14 Firmen der Kategorien Konsumgüterproduzenten und Basic Materials (zum Beispiel Chemiefirmen) zu den Top 30 des amerikanischen Aktienindex, 2020 waren es nur noch vier. Dafür kamen bis 2020 einige Konsumdienstleistungs-, Pharma-, Finanz- oder Technologieunternehmen hinzu. Letztere stellen mit sechs Firmen mittlerweile die größte Gruppe im Dow Jones. Schwergewichte wie Amazon und Alphabet, die zu den fünf wertvollsten Unternehmen der Welt zählen, gehören wegen ihrer hohen Kurse allerdings nicht dazu. Die Aktien des Dow Jones Industrial Average werden im Gegensatz zum Dax in Preisen gewichtet, sodass Titel mit sehr hohen Aktienwerten ausgeschlossen werden müssen. Dies verhindert zwar, dass die großen Firmen die Indexentwicklung im Extremfall allein bestimmen – zugleich wird aber auch die Bedeutung der großen Technologie- und Plattformunternehmen am amerikanischen Aktienmarkt nicht vollständig abgebildet.

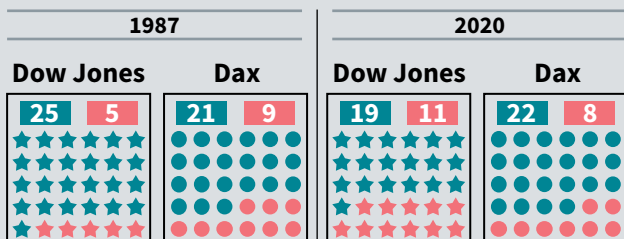
Im Vergleich dazu hat sich die Gewichtung der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im Dax über die Jahre kaum verändert. Die Branche der Konsumdienstleister hat etwa durch das Ausscheiden von Kaufhof, Karstadt und Lufthansa an Bedeutung verloren. Dafür hat jüngst Delivery Hero, eine Online-Bestellplattform für Restaurantessen, diese Kategorie neu besetzt. Mit SAP und Infineon sind im Deutschen Aktienindex nur zwei Technologiefirmen vertreten – im Jahr 1987 war es lediglich Nixdorf.

Aber auch im Dax gab es Veränderungen. So sind im Gegensatz zu 1987 heute vier – statt zwei – Pharmakonzerne gelistet. Und die Zahl der Konsumgüterproduzenten ist von fünf auf sieben gestiegen. Grund hierfür ist vor allem die hohe Bedeutung der Automobilindustrie in der deutschen Wirtschaft.

## Dax und Dow Jones

Zahl der ...

... ■ Industrieunternehmen ... ■ Dienstleistungsunternehmen



Industrieunternehmen: zum Beispiel Automobilhersteller und Maschinenbauer  
Dienstleistungsunternehmen: zum Beispiel Banken und Telekommunikationsanbieter

Quellen: Bloomberg, Deutsche Börse, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

### IW-Kurzbericht 106/2020

Michael Grömling, Paul Niendorf: Strukturwandel im Spiegel von Aktienindizes – DAX und Dow im Vergleich  
[iwkoeln.de/aktienindizes-im-vergleich](http://iwkoeln.de/aktienindizes-im-vergleich)

# Befristet billiger

**Mehrwertsteuer.** Die Bundesregierung hat die Mehrwertsteuersätze Anfang Juli für ein halbes Jahr gesenkt, um den privaten Konsum anzukurbeln. Dass nicht alle Unternehmen diese Kostensenkung an ihre Kunden weitergeben, finden viele Verbraucher gar nicht schlimm.

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung – annähernd 54 Prozent – nimmt die Mehrwertsteuersenkung in Form niedrigerer Preise wahr. Ein Drittel beobachtet entsprechende Preissenkungen „teils, teils“ und nur rund 14 Prozent registrieren eher keine oder gar keine gefallenen Preise. Dies ist das Ergebnis einer Online-Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) unter rund 1.200 Teilnehmern im August 2020.

Danach gefragt, ob sie Verständnis dafür hätten, wenn Unternehmen die Mehrwertsteuersenkung nicht an die Kunden weitergäben, sind die Verbraucher geteilter Meinung:

**Rund 40 Prozent der Bevölkerung haben wenig beziehungsweise gar kein Verständnis dafür, wenn sich niedrigere Mehrwertsteuersätze nicht auch in niedrigeren Verbraucherpreisen niederschlagen.**

Etwas weniger Bundesbürger – nämlich 37 Prozent – zeigen sich verständnisvoll, wenn die Preise nicht sinken, und 23 Prozent stehen dieser Frage neutral gegenüber.

Nachsicht für ausbleibende Preissenkungen haben die Konsumenten vor allem dann, wenn es sich

um kleine, regionale, junge und stark von der Pandemie betroffene Unternehmen handelt (Grafik):

**Fast zwei Drittel der Verbraucher in Deutschland sind damit einverstanden, dass Unternehmen, die von der Corona-Krise besonders hart getroffen wurden, die Senkung der Mehrwertsteuer nicht an ihre Kunden weitergeben.**

Auch bei niedrigpreisigen Waren ist das Verständnis für eine ausbleibende Preissenkung groß. Vergleichsweise wenig Verständnis für dieses Verhalten haben die Konsumenten allerdings gegenüber großen, exportorientierten und ausländischen Unternehmen.

Bei einem Teil der Bevölkerung hat die Mehrwertsteuersenkung wie von der Regierung beabsichtigt gewirkt: Rund 11 Prozent der Befragten haben seit Anfang Juli bereits eine einmalige Ausgabe getätigt, zu der es ohne Mehrwertsteuersenkung nicht gekommen wäre. Mehr als zwei Drittel von ihnen gaben an, dass dieser Kauf über 500 Euro gekostet hat; 14 Prozent gaben sogar mehr als 10.000 Euro für die mehrwertsteuerinduzierte Anschaffung aus.

Und das Halbjahr mit niedrigerer Mehrwertsteuer ist noch nicht zu Ende: Laut IW-Umfrage stehen bei 12 Prozent der Verbraucher weitere außerplanmäßige Ausgaben an.

**IW-Kurzbericht 101/2020**

Martin Beznoska, Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Mehrheit der Bevölkerung nimmt Preissenkungen durch niedrigere Mehrwertsteuer wahr  
[iwkoeln.de/mehrwertsteuersenkung](http://iwkoeln.de/mehrwertsteuersenkung)

## Mehrwertsteuer: Nachsichtige Konsumenten

So viel Prozent der Verbraucher hätten Verständnis dafür, dass Unternehmen die Mehrwertsteuersenkung nicht an ihre Kunden weitergeben, wenn ...



Befragung von 1.202 Personen im August 2020

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

# Der Süden verliert weiter an Boden

**Europäische Union.** Die osteuropäischen Länder nähern sich in ihrer Wirtschaftsleistung den nord-europäischen Volkswirtschaften an. Nicht so rosig sieht es dafür im Süden der EU aus, wie eine neue IW-Berechnung zeigt, die den wirtschaftlichen Mittelpunkt der Europäischen Union bestimmt.

Verteilungsfragen zwischen Nord- und Südeuropa dominieren seit Jahren die EU-Politik. Auch im jüngst beschlossenen Wiederaufbaufonds zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind die südlichen Mitgliedsstaaten große Profiteure. Denn nach wie vor hinken die südeuropäischen Staaten den Ländern aus Nord- und Mitteleuropa in der Wirtschaftsleistung hinterher. Dies belegen die Wachstumszahlen des vergangenen Jahrzehnts, die die Folgen der Corona-Pandemie noch nicht einmal einschließen:

**Während die nominale Wirtschaftsleistung im Norden Europas zwischen 2009 und 2018 um rund 37 Prozent zulegen, erreichte der Süden im selben Zeitraum nur ein Wachstum von knapp 15 Prozent.**

Dabei kommt den südlichen Ländern sogar noch zugute, dass Frankreich hier zu ihrer Gruppe gezählt wird. Ohne die französische Wirtschaftsleistung fällt das Wachstum mit lediglich knapp 10 Prozent noch geringer aus. Damit ist die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa in den vergangenen Jahren größer geworden – obwohl der europäische Binnenmarkt für eine wirtschaftliche Annäherung sorgen sollte.

Die gelingt immerhin den neuen Mitgliedsstaaten aus dem Osten: Von 2009 bis 2018 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den osteuropäischen EU-Ländern um fast 50 Prozent.

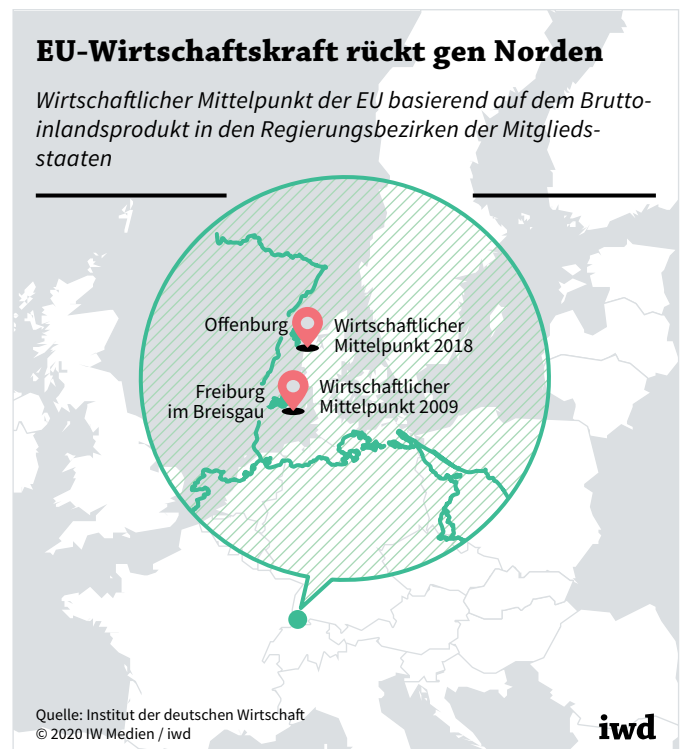
Grund für den schwächelnden Süden sind noch immer die Auswirkungen der Schuldenkrise in der Eurozone, die viele südliche Regionen in eine tiefe Rezession gestürzt hat – und zwar auch die Länder, die zuvor durch die Einführung des Euro ein deutliches Wirtschaftswachstum erzielten. Dies belegt auch die Berechnung des hypothetischen wirtschaftlichen Mittelpunkts der EU durch das Institut der deutschen

Wirtschaft. Die Idee des Konzepts: Von diesem Punkt aus gesehen ist die aggregierte Wirtschaftsleistung in alle Richtungen ungefähr gleich groß.

Im Jahr 2000 befand sich der wirtschaftliche Mittelpunkt noch auf halber Strecke zwischen Freiburg im Breisgau und Offenburg. In den folgenden Jahren bewegte er sich dann deutlich in südliche Richtung, bis er 2009 südöstlich Freiburgs lag. Mit der Finanzmarktkrise fand der Aufholprozess des Südens dann ein jähes Ende (Grafik):

**Seit 2009 ist das Zentrum der europäischen Wirtschaftskraft wieder 50 Kilometer zurück in Richtung Norden gewandert, sodass es 2018 südöstlich von Offenburg lag.**

Setzt sich diese Entwicklung fort, könnte der wirtschaftliche Mittelpunkt der EU in 25 Jahren bereits in der Nähe von Mannheim zu finden sein.



## IW-Kurzbericht 100/2020

Björn Kauder: Der wirtschaftliche Mittelpunkt der EU wandert gen Norden  
[iwkoein.de/wirtschaftlicher-mittelpunkt](http://iwkoein.de/wirtschaftlicher-mittelpunkt)

# Teilen statt herrschen

**Datenwirtschaft.** Daten sind das neue Gold – mittlerweile sind sie die Grundlage vieler erfolgreicher Geschäftsmodelle. Doch jene Firmen, die über umfassende Datenbestände verfügen, wollen diese in der Regel nur ungern teilen. Inwiefern das zu ändern wäre und unter welchen Voraussetzungen, analysiert eine neue IW-Studie.

Die Welt der Daten ist zweigeteilt: Auf der einen Seite stellen öffentliche Einrichtungen – beispielsweise der Europäischen Union oder der deutschen Bundesregierung – große Mengen an Informationen frei zugänglich online. Damit kommen sie dem Wunsch der Open-Data-Bewegung nach, Daten so weit wie möglich zu demokratisieren.

Die – mittlerweile durch Studien fundierte – Überzeugung dieser Bewegung: Mit einem offenen Zugang zu großen Datenmengen

werden viele neue Geschäftsideen überhaupt erst möglich.

Die EU-Kommission sieht das ähnlich und hat im Februar 2020 eine Datenstrategie präsentiert, die einen gemeinsamen europäischen Datenraum schaffen soll – als Grundlage des technologischen Fortschritts und des wirtschaftlichen Wachstums in Europa. Schon jetzt sind Daten ein ernst zu nehmender Wirtschaftsfaktor:

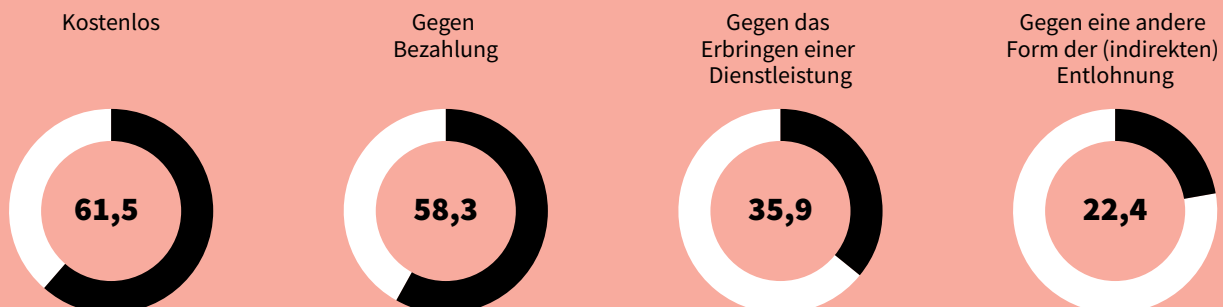
**Für das Jahr 2019 beziffert die EU-Kommission das Volumen des**

**EU-Datenmarktes auf mehr als 184 Milliarden Euro und annähernd 1,1 Millionen Mitarbeiter.**

Staatlicherseits ist also die Erkenntnis gereift, dass frei verfügbare Daten gut für die Wirtschaft sind. Allerdings gibt es noch einiges Potenzial, den freien Zugang zu den Daten der öffentlichen Hand weiter zu verbessern. Denn selbst in Kanada und im Vereinigten Königreich – sie gelten bei Open Data als die staatlichen Musterschüler – fehlte im Jahr 2018 noch knapp ein

## Daten: Längst nicht immer fließt Geld

So viel Prozent der befragten Firmen gaben diese Antwort auf die Frage, zu welchen Bedingungen sie nicht personalisierte oder anonymisierte Daten akquirieren



Befragung von 156 Firmen im Frühjahr 2017; Mehrfachnennungen  
 Quelle: EU-Kommission  
 © 2020 IW Medien / iwd

Viertel der maximal möglichen Punkte in der Open Data Charter, die bewertet, wie gut Staaten Daten zugänglich machen. Deutschland landete in diesem Ranking übrigens lediglich im oberen Mittelfeld (siehe iwd 11/2019).

Auf der privatwirtschaftlichen Seite generieren zwar viele Firmen Daten, sind allerdings nur bedingt bereit, diese kostenlos weiterzugeben (Grafik Seite 13):

**Nur knapp 62 Prozent der Unternehmen, die Fremddaten nutzen, bekommen diese zumindest teilweise kostenlos; 58 Prozent müssen dafür – jedenfalls manchmal – zahlen.**

Durchaus üblich ist es zudem, dass Firmen die Daten gegen eine andere Dienstleistung oder eine andere Form der (indirekten) Entlohnung eintauschen. So könnte beispielsweise eine Firma, die Daten eines Maschinenparks zur Verfügung

gestellt bekommt, im Gegenzug Fehlfunktionen einzelner Maschinen identifizieren und dabei helfen, diese abzustellen.

Ob nun mit oder ohne Bezahlung, der Bedarf an fremden Daten ist jedenfalls groß (Grafik):

**Im Frühjahr 2017 gaben knapp 45 Prozent der von der EU-Kom-**

**mission befragten Firmen an, dass sie in nennenswertem Umfang Daten von anderen akquirieren. Nur 34 Prozent benötigten für ihre Geschäfte keine Fremddaten.**

Entsprechend wenig überraschend ist, dass die von der Kommission befragten Firmen es gerne sähen, wenn noch mehr Daten noch einfacher geteilt würden. Allerdings sieht eine klare Mehrheit bei diesem Ansinnen eine rote Linie, die nicht überschritten werden soll (Grafik Seite 15):

**Fast 79 Prozent der Firmen meinen, dass sensible sowie geheime Unternehmensdaten immer geschützt werden sollten.**

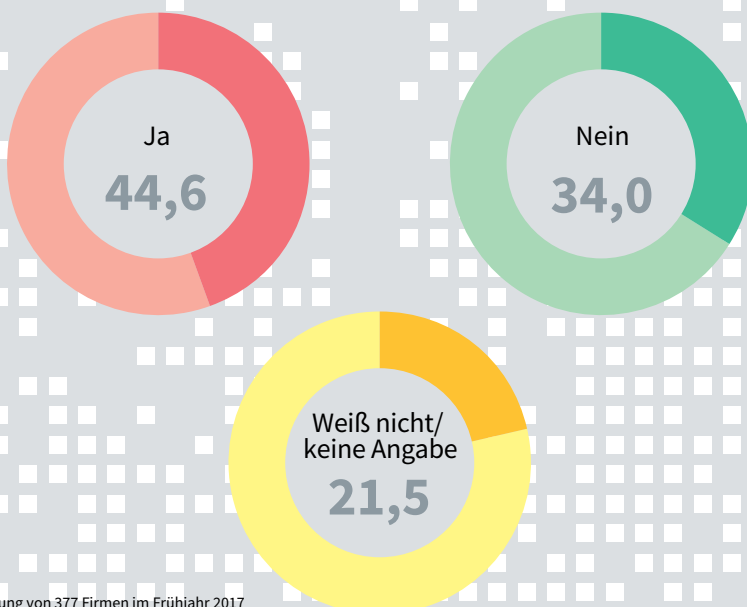
Gleichzeitig fänden es aber nahezu 68 Prozent gut, wenn das Teilen von nicht personalisierten und maschinell generierten Daten erleichtert und intensiviert würde.

Wie genau das gelingen könnte, hat die EU-Kommission abgefragt – und immerhin 84 Unternehmen gaben hierzu Auskunft. Das IW hat die Antworten ausgewertet und nennt drei Anreize, die für jeweils mehr als ein Drittel der Unternehmen besonders zielführend wären:

**Rechtssicherheit.** Die Politik sollte ein eindeutiges Regelwerk schaffen, an das sich alle Akteure beim Datenaustausch halten müssen.

## Viele Firmen sind auf fremde Daten angewiesen

So viel Prozent der befragten Firmen gaben diese Antwort auf die Frage, ob sie in nennenswertem Umfang auf Daten angewiesen sind, die sie von anderen akquirieren



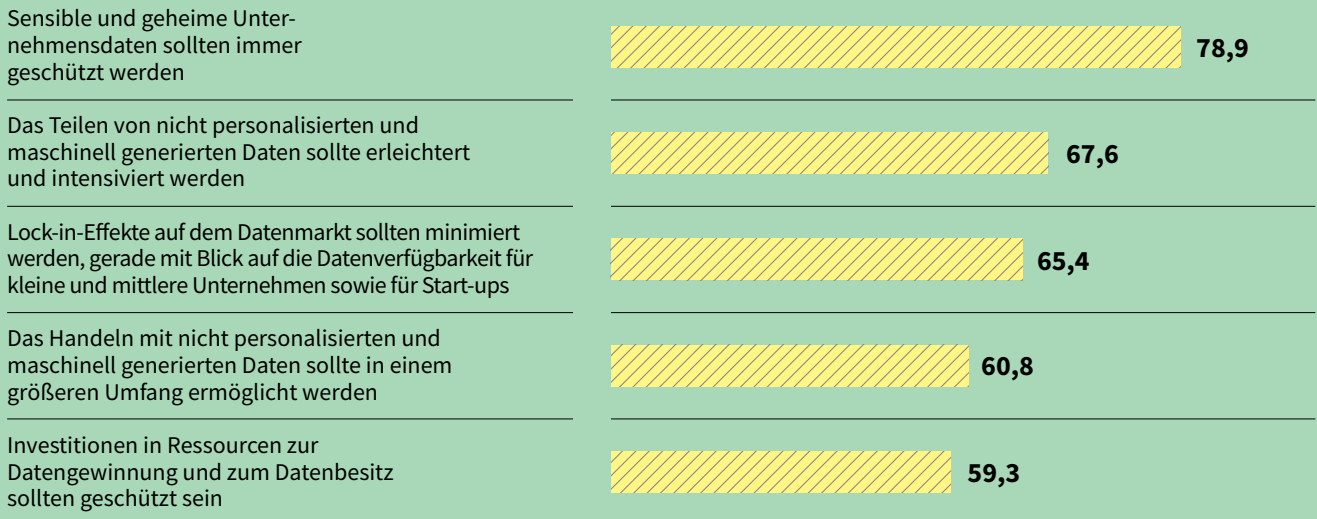
Befragung von 377 Firmen im Frühjahr 2017

Quelle: EU-Kommission  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

## Bei sensiblen Daten hört der Spaß auf

So viel Prozent der befragten Firmen stimmten der jeweiligen Aussage teilweise oder umfassend zu



Lock-in-Effekt: besonders enge Kundenbindung aufgrund hoher Wechselkosten und/oder sonstiger Wechselbarrieren  
 Befragung von 235 Firmen im Frühjahr 2017

Quelle: EU-Kommission  
 © 2020 IW Medien / iwd



Dieses Regelwerk muss zum Beispiel klären, welche Arten von Daten zu welchen Bedingungen geteilt werden. Zudem sind klare Sanktionen nötig, sollte sich ein Marktteilnehmer nicht an die Regeln halten. Letztlich geht es den Befragten darum, dass ein präziser Rahmen für Chancengleichheit auf dem Datenmarkt sorgt.

**Reziprozität.** Wenn Daten weitergereicht werden, sollte dies in Form des Gebens und Nehmens geschehen. Sprich: Nur wer selbst Daten gibt, darf auch die Daten anderer nutzen. Nur so lässt sich das sogenannte Trittbrettfahrerphäno-

men verhindern – dass Marktteilnehmer vom Wissen anderer profitieren, selbst aber nichts beisteuern. Je größer der Kreis der Marktteilnehmer ist, desto schwieriger wird es allerdings, diese Bedingung effektiv umzusetzen – ein Problem, das die EU-Kommission bei ihren Open-Data-Ambitionen immer mit im Blick behalten sollte.

**Mehrwert.** Firmen wollen Gewinn erwirtschaften. Deshalb sind sie vor allem dann bereit, Daten zu teilen, wenn sie sich davon einen Mehrwert versprechen – wenn sie durch den Austausch mit anderen also beispielsweise wertvolle

Informationen über Kundenwünsche erhalten, die ihnen helfen, Produkte oder Dienstleistungen zu verbessern. Ein Mehrwert könnte aber auch darin bestehen, dass Start-ups und etablierte Firmen Daten gemeinsam nutzen und beide vom Know-how des jeweils anderen profitieren. Hier könnte die Politik Plattformen zur Kontaktaufnahme und für den Austausch schaffen.

**IW-Policy Paper 21/2020**  
 Alevtina Krotova, Armin Mertens,  
 Marc Scheufen: Open data and data sharing  
[iwkoeln.de/datasharing](http://iwkoeln.de/datasharing)

### Impressum



**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de) · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, [ennsberger@iwkoeln.de](mailto:ennsberger@iwkoeln.de)  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de) · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: [datenschutz-iwd@iwmedien.de](mailto:datenschutz-iwd@iwmedien.de). **Bildnachweis:** Adobe Stock, iStock.

**Zahl der Woche****6,1****Milliarden  
Dollar**

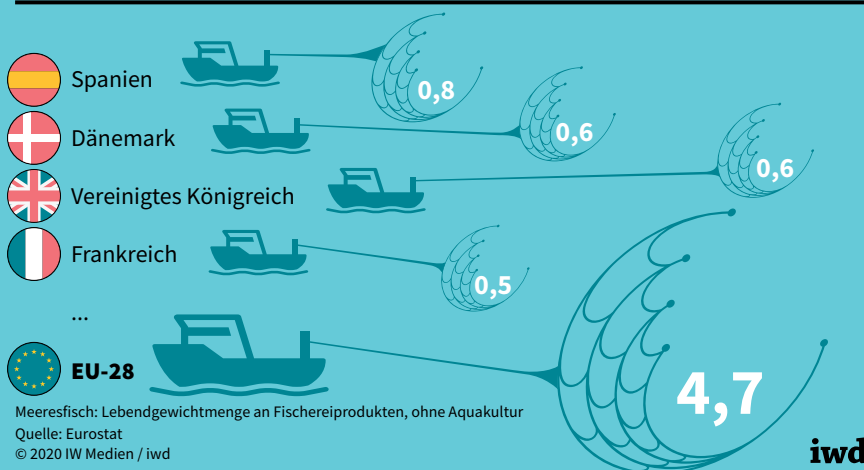
werden im Jahr 2025 laut Bildungsmarkt-Beobachter HoloniQ weltweit in künstliche Intelligenz (KI) im Schulwesen investiert. Im Jahr 2018 lagen die Investitionen erst bei 800 Millionen Dollar. An manchen Schulen und Universitäten in China und den USA werden die Lernenden bereits heute mithilfe von KI umfassend überwacht und bewertet – unter anderem ihre Aufmerksamkeit im Unterricht. Dagegen diskutieren Deutschland und Europa noch darüber, welche Art von KI überhaupt infrage kommt. Im Optimalfall soll sie Lehrer und Schüler unterstützen, so effektiv und individuell wie möglich zu arbeiten. Ein Beispiel ist intelligente Software, die den Schülern Tipps für die Lösung von Matheaufgaben vorschlägt und dem Lehrer Wissenslücken in der Klasse meldet.

## Top-Liste: Fish and fight

Schon beim Brexit-Referendum im Jahr 2016 spielte das Thema Fischerei eine wichtige Rolle. Und auch vier Jahre später könnte das Handelsabkommen, das derzeit zwischen der Europäischen Union und Großbritannien ausgehandelt wird, an eben dieser Branche scheitern. Dabei trägt die Fischerei gerade mal 0,1 Prozent zum britischen Bruttoinlandsprodukt bei. Auch in den 27 EU-Mitgliedsstaaten macht die Arbeit der Fischer fast überall weniger als 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Doch worum geht es in den Verhandlungen überhaupt? London beharrt darauf, dass die britischen Gewässer ab kommendem Januar nationale Gewässer werden – die EU müsste dann den Zugang für ihre Fischereifloten mit Großbritannien aushandeln. Treffen würde das vor allem Frankreich, das rund 30 Prozent seiner Fischereiprodukte in britischen Hoheitsgewässern fängt, sowie die Niederlande und Irland. Deutschland wird mit einer jährlichen Fangmenge von zuletzt 207.000 Tonnen Fisch und Meeresfrüchten von dieser Debatte kaum tangiert.

### EU-Fischerei: Spanien holt am meisten raus

So viele Millionen Tonnen Meeresfisch fingen die EU-Mitgliedsstaaten 2019



Neu auf [iwd.de](http://iwd.de):



## Wellenbrecher senkt Wachstumsprognose

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben sich auf weitreichende Maßnahmen geeinigt, mit denen sie die zweite Corona-Welle zu unterbrechen hoffen. Wie sich dieser Teil-Lockdown auf Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit auswirken wird, lesen Sie auf [iwd.de](http://iwd.de).